

FBP-Termine

Ortsgruppe Gamprin-Bendern lädt zur Exkursion «Fließgewässer»

GAMPRIN-BENDERN Am Samstag, den 12. Mai, lädt die FBP-Ortsgruppe Gamprin-Bendern zu einer Fließgewässer-Exkursion ein, die von 10 bis ca. 12 Uhr dauern wird; Treffpunkt: Grossabünt. Fließgewässer spielen seit Jahrhunderten eine wichtige Rolle in der Gemeinde Gamprin-Bendern. Durch den Einfluss des Menschen wurden bestehende Gewässer geformt und neue geschaffen. Seit Jahren wird dem Menschen bewusst, dass Bäche, Kanäle und wasserführende Gräben zusätzlich zur kontrollierten Wasserführung auch andere Funktionen übernehmen können, Funktionen als Lebensräume für Pflanzen und Tiere wie auch als Erholungsräume für uns Menschen. In der Exkursion befassen wir uns mit ökologischen Aspekten von Fließgewässern. Wir lernen die Kriterien wertvoller Bäche kennen und sind anschliessend in der Lage, unsere heimischen Fließgewässer hinsichtlich ihres ökologischen Wertes zu beurteilen und Verbesserungspotenzial zu erkennen. Die Exkursion wird geleitet von Dietmar Possner und findet bei jeder Witterung statt.

Wir freuen uns auf interessierte Teilnehmer aller Altersgruppen.

Vorstand der FBP-Ortsgruppe Gamprin-Bendern

Einladung zum Altersnachmittag im Schlossgarten

BALZERS Die Ortsgruppe der FBP Balzers besucht am Samstag, den 12. Mai, ab 14.30 Uhr die Heimbewohnerinnen und Heimbewohner des Alters- und Pflegeheims Schlossgarten in Balzers. Die FBP-Gemeinderäte und die Mitglieder des Vorstandes der Ortsgruppe werden dabei anwesend sein. Bei Kaffee und Kuchen wollen wir gemeinsam anregende Gespräche führen. Für die musikalische Unterhaltung sorgt Ueli Kühne auf seiner Handorgel.

Zu diesem unterhaltsamen Nachmittag lädt der Ortsgruppenvorstand der FBP Balzers auch die Angehörigen der Heimbewohner sowie die Bevölkerung von Balzers herzlich ein. FBP-Ortsgruppe Balzers



Aeulestrasse 56, 9490 Vaduz
Telefon: 237 79 40; Fax: 237 79 49
www.fbp.li

Einbrecher unterwegs Geld, Schmuck und Handy gestohlen

VADUZ In den vergangenen Tagen kam es laut Meldung der Landespolizei in Vaduz und Ruggell zu mehreren Einschleich- sowie Einbruchdiebstählen. So verschaffte sich ein unbekannter Mann in der vergangenen Woche widerrechtlich Zutritt zu einem Geschäftsgebäude in Vaduz, wie die Landespolizei am Dienstag mitteilte. Ob etwas gestohlen wurde, sei unklar. Vermögensschaden entstanden sei dagegen am Freitagmittag bei einem Einschleichdiebstahl in ein Einfamilienhaus in Ruggell. Der unbekanntes Täterschaft gelang es dabei, eine Geldtasche sowie ein Mobiltelefon zu entwenden. Zu einem Einbruchversuch, bei welchem lediglich Sachschaden entstand, kam es am Sonntagabend bei einer Firma in Vaduz. Ebenfalls in Vaduz gelang es schliesslich in der Nacht auf Dienstag einer unbekanntes Täterschaft, in zwei Wohnobjekte einzubrechen. Sie entwendete Schmuck sowie Bargeld im Wert von mehreren Tausend Franken. (red/lpfl)



Die mögliche Verlegung der Gasleitung unter den Rhein sei nicht vernachlässigt worden, betont der Geschäftsleiter der Liechtensteinischen Gasversorgung (LGV), Dietmar Sartor. Die Gemeinde Vaduz vertritt dagegen den Standpunkt, dass die Analysen subjektiv seien. (Foto: Michael Zanghellini)

Dietmar Sartor: «Es ist zu früh, über einzelne Varianten zu urteilen»

Meinungen Wie das «Volksblatt» am Dienstag exklusiv berichtete, sorgt die Gasleitung unter dem Rheinpark-Stadion für einigen Wirbel. Im Gespräch nimmt LGV-Geschäftsleiter Dietmar Sartor Stellung zu den Vorwürfen der Gemeinde Vaduz.

VON HOLGER FRANKE

«Volksblatt»: Herr Sartor, was war eigentlich zuerst da: Die Gasleitung, oder das Rheinpark-Stadion?

Dietmar Sartor: Die Erdgashochdruckleitung zwischen Ruggell und Balzers wurde 1986 gebaut. Im Bereich des heutigen Rheinpark-Stadions Vaduz befand sich damals der Landessportplatz. Die heutige Situation ist geschichtlich gewachsen, einerseits wurde im Jahre 1997/98 das Rheinpark-Stadion in Vaduz gebaut und in 2006 erweitert, andererseits kamen neue Verordnungen über Sicherheitsvorschriften bzw. die Störfallverordnung hinzu. Diese Tatsache wurde in der Vergangenheit von allen Beteiligten, Behörden, Gemeinde und der LGV so akzeptiert.

Trotzdem muss sich nun aber etwas ändern. Was ist bisher geschehen?

Das Amt für Umweltschutz und die LGV hat von der Regierung am 15. März 2011 den Auftrag erhalten, mit Unterstützung der betroffenen Behörden, also dem Amt für Umweltschutz, dem Tiefbauamt, dem Amt für Volkswirtschaft, dem Amt für Bevölkerungsschutz und dem Amt für Wald, Natur und Landschaft unter Einbeziehung der Gemeinde Vaduz, einen Massnahmenkatalog zur Risikominimierung zu erstellen, damit die Erdgasleitung im Bereich des Stadions in der Risikobewertung permanent aus dem «nicht akzeptablen Bereich» herausfällt. Gemeinsam wurden alle denkbaren Varianten ausgearbeitet und im Massnahmenkatalog aufgeführt. Jetzt sind alle Beteiligten aufgefordert Stellung zu beziehen. Danach wird das Amt für Umweltschutz der Regierung einen zusammenfassenden Bericht mit Vorschlägen zum weiteren Vorgehen und umzusetzenden Massnahmen übergeben.

Gegenüber dem «Volksblatt» hat Bürgermeister Ewald Ospelt ausgeführt, dass ein Störfall mit einem «Feuerball» im vollbesetzten Rheinpark-Stadion der schlimmste denkbare Fall wäre, der eintreten könnte. Ist dies im schlimmsten Fall tatsächlich denkbar?

Die Erdgashochdruckleitung besteht seit 1986 und ist technisch absolut si-

cher, da sie laufend von der LGV als auch vom Eidgenössischen Rohrleitungsinspektorat geprüft wird. In der Bearbeitung der Störfallvorsorge wurden Extremsituationen, wie beispielsweise maximaler Druck, analysiert und bewertet. Bei einer grossen Beschädigung der Leitung, wie unter anderem bei Grabarbeiten durch einen Bagger, kann Erdgas austreten. Dann würde ein Funken genügen, und es könnte zu einer Explosion kommen. Damit dies nicht eintritt, ist im Bereich des Stadions Vaduz die Erdgasleitung mit einer Betonabdeckplatte geschützt. Bei Grossveranstaltungen im Stadion wird zur weiteren Sicherheit der Druck der Leitung stark abgesenkt, damit das Restrisiko minimiert wird.

Aufgrund der aktualisierten Störfallverordnung wurde allerdings ein «nicht akzeptables Risiko» attestiert: Ganz ausgeschlossen scheint also ein Störfall nicht zu sein.

Bei der Erstellung von Risikoanalysen wird von Extremkonstellationen ausgegangen. Das Amt für Umweltschutz und die LGV haben von der Regierung den Auftrag erhalten, mit Unterstützung der betroffenen Behörden unter Einbeziehung der Gemeinde Vaduz einen Massnahmenkatalog zur Risikominimierung zu erstellen, damit die Erdgasleitung im Bereich des Stadions in der Risikobewertung permanent aus dem «nicht akzeptablen Bereich» herausfällt. Rein rechnerisch kann so ein Störfall circa einmal in einer Milliarde Jahren auftreten. Im Vergleich dazu rechnen wir beim Rhein alle 300 Jahre mit einem Hochwasser, das heisst, dieses Ereignis ist um den Faktor 3 Millionen Mal wahrscheinlicher.

Die Gemeinde Vaduz hat in ihrer Stellungnahme die vorgeschlagenen Massnahmen entschieden zurückgewiesen. Die Vorschläge seien teils subjektiv und die Realisierbarkeit nicht belegt. Was sagen Sie zu dieser deutlichen Kritik?

Ich verstehe diese Kritik nicht, denn die Gemeinde Vaduz war in den Ar-

beitssitzungen immer vertreten. Anzumerken ist, dass nicht alle Varianten eine gemeinsame Zustimmung fanden, trotzdem wurde bis zum heutigen Zeitpunkt keine Variante ausgeschlossen. Jetzt sind alle Beteiligten aufgefordert, Stellung zu beziehen. Danach wird das Amt für Umweltschutz der Regierung einen zusammenfassenden Bericht mit Vorschlägen zum weiteren Vorgehen und umzusetzenden Massnahmen überreichen.

Die Gemeinde wirft der LGV vor, dass der Massnahmenkatalog zur Risikominimierung unausgewogen ausgefallen ist. Hat die LGV nicht alle Karten auf den Tisch gelegt?

Die Erarbeitung des Massnahmenkatalogs erfolgte auf breiter Basis mit den betroffenen Behörden und der Gemeinde Vaduz. Gesamthaft wurden über 10 mögliche Alternativen betrachtet. Die LGV hat, wie auch andere Mitglieder der Arbeitsgruppe, hier aktiv und offen mitgearbeitet.

Eine der von der LGV vorgeschlagenen Massnahmen ist die Variante 4.14 - Welche konkreten Massnahmen beinhaltet dieses Variante?

Diese Variante beschreibt organisatorische und sicherheitstechnische Massnahmen zur Verbesserung der derzeitigen Situation. Sie beinhaltet insbesondere die Reduzierung des maximalen Betriebsdruckes und die Verkürzung von Kontrollintervallen. Durch dieses Massnahmenpaket wird das Ergebnis der Risikoanalyse wesentlich verbessert und wir liegen nicht mehr im «nicht akzeptablen Bereich».

Die Gemeinde Vaduz wehrt sich mit Händen und Füssen gegen diesen Vorschlag und argumentiert, dass künftige Bauprojekte dann nicht realisiert werden könnten. Unter anderem das geplante Haus des Sports, oder auch ein Ausbau der Gegentribüne auf 2500 Plätze, der für einen Aufstieg des FC Vaduz sowie weitere Spiele offenbar notwendig wäre. Eine optimale Lösung scheint dies nicht zu sein, oder?

Das ist die Meinung beziehungsweise die Stellungnahme der Gemeinde Vaduz an die Vollzugsbehörde, das Amt für Umweltschutz. Aus unserer

Sicht ist es verfrüht, eine Lösung auszuschliessen oder zu priorisieren, weil, wie schon angesprochen, noch nicht alle Stellungnahmen der betroffenen Behörden vorliegen.

Die Variante 4.8 würde bedeuten, dass die Hochdruckgasleitung in Richtung Zentrum Vaduz verlegt werden könnte. Auch dies weist die Gemeinde Vaduz zurück, da sich dies negativ auf die künftige Zentrumsentwicklung auswirken könnte. Auch dies scheint nicht die ideale Lösung zu sein.

Wie angesprochen ist es zu früh, über einzelne Varianten zu urteilen - es sind einfach noch zu viele wichtige Stellungnahmen der Behörden ausständig.

Die Gemeinde Vaduz stellt sich auf den Standpunkt, dass eine nachhaltige Lösung nur die Verlegung der Leitung in Richtung Rhein wäre. Wieso hat die LGV diese Möglichkeit vernachlässigt, wie die Gemeinde Ihnen vorwirft?

Diese Lösungen wurden keineswegs vernachlässigt, insgesamt wurden vier Varianten der Leitungsverlegung Richtung Rhein beziehungsweise im Rheindamm aufgezeigt und geprüft.

Fakt ist: Irgendeine Lösung muss gefunden werden. Wer wird eigentlich die Kosten zu tragen haben? Die Gemeinde Vaduz, die LGV oder das Land und damit der Steuerzahler? Der Prozess für diese Lösungsfindung ist noch nicht abgeschlossen. Das Amt für Umweltschutz wird für die Regierung einen zusammenfassenden Bericht mit Vorschlägen zum weiteren Vorgehen und umzusetzenden Massnahmen erstellen. Danach können wir über Kosten und deren Verteiler sprechen. Wir streben neben der sicherheitstechnischen Verbesserung auch eine möglichst effiziente und kostengünstige Lösung an.

Wie geht es in dieser Angelegenheit nun weiter?

Jetzt sind alle Beteiligten aufgefordert, Stellung zu beziehen und die Lösungsvorschläge aus ihrer Sicht zu bewerten. Danach wird das Amt für Umweltschutz der Regierung einen zusammenfassenden Bericht mit Vorschlägen zum weiteren Vorgehen und umzusetzenden Massnahmen übergeben.